

II-2461 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1258/J

A n f r a g e

1977 -06- 17

der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER, Dr. Schwimmer  
und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend die Sicherung der Pensionen

In der "Arbeiter-Zeitung" vom 12.5.1977 wird von einem  
SPÖ-Pensionistentreffen in der Dornbirner Stadthalle berichtet:

"Die Pensionen und ihre laufende Anpassung an die steigenden  
Arbeitseinkommen sind daher auf lange Sicht gesichert, erklärte  
Sozialminister Weissenberg..... Finanzminister Androsch  
sei es seinerzeit nur um die Sicherung geordneter Bundesfinanzen  
zur Garantie der staatlichen Pensionszuschüsse gegangen. Es  
war die ÖVP, die daraufhin behauptet habe, die Pensionen seien  
nicht gesichert".

Am 15.2.1977 hat selbst die "Sozialistische Korrespondenz" den  
Ablauf der Ereignisse noch anders geschildert:

"Als Schwerpunkte der Budgetproblematik bezeichnete Androsch die  
Bundesbetriebe und die Pensionsversicherung. Bei der Pensions-  
versicherung seien die Zuschüsse beträchtlich gestiegen, nämlich  
von 10 Milliarden Schilling im Jahr 1970 auf heuer etwa 26  
bis 28 Milliarden S. Hier seien längerfristige Maßnahmen er-  
forderlich. Als Möglichkeiten nannte Androsch eine Begrenzung  
der Leistungsdynamik sowie die Eigenvorsorge durch Inanspruchnahme  
privater Versicherungsleistungen nach Erreichen einer bestimmten  
Höchstbemessungsgrundlage".

Die von Finanzminister Dr. Androsch ausgelöste "Pensionsaffäre"  
gipfelte schließlich darin, daß sich der SPÖ-Parteivorstand  
genötigt sah, eine Pensionsgarantie abzugeben (SK v.17.2.1977).

- 2 -

Seitens der ÖVP sprach man sich einhellig und entschieden gegen eine Budgetpolitik auf Kosten der Rentner und Pensionisten aus und betonte, daß aufgrund der einhellig gebilligten Berechnungen des Pensionsbeirats die Pensionsleistungen vom Bund her absolut finanzierbar seien.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

Auf welche Grundlage stützen Sie Ihre Unterstellung, daß es im Zuge der von Finanzminister Dr. Androsch ausgelösten Auseinandersetzung um die Pensionen die ÖVP - und nicht so wie es den Tatsachen entspricht Finanzminister Dr. Androsch - gewesen sei, die behauptet habe, die Pensionen seien nicht gesichert ?